Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5192

17. 05. 76

Sachgebiet 2032

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Fünften Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten und der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und der Gemeinden an die Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG).

B. Lösung

Mit Wirkung vom 1. Februar 1976 werden die Dienstbezüge linear um fünf vom Hundert, mindestens jedoch um 85 DM monatlich erhöht.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1976 Mehrkosten von rd. 815 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 106/76

Bonn, den 17. Mai 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Fünftes Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat, dem die Vorlage als besonders eilbedürftig zugeleitet worden ist, hat in seiner 434. Sitzung am 14. Mai 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage B ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage C) dargelegt.

Schmidt

Anlage A

Entwurf eines Fünften Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung des Artikels I des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173), zuletzt geändert durch .... wird wie folgt geändert:

1. In § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „330" und „308" ersetzt durch die Zahlen „346" und „326",
2. in § 62 Abs. 2 wird das Wort „dreiundsechzig" ersetzt durch das Wort „sechsundsechzig",
3. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1 300" durch die Zahl „1 365" und in Absatz 2 die Zahl „650" durch die Zahl „683" ersetzt,
4. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2 207" und „1 817" durch die Zahlen „2 317" und „1 908" sowie in Absatz 2 die Zahl „1 103" durch die Zahl „1 158" ersetzt,
5. an die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes,
6. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes,
7. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in den Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskinderzuschlages in Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 3 a bis 3 f dieses Gesetzes,
8. an die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 4 dieses Gesetzes,
9. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in der Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 5 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) werden um fünf vom Hundert erhöht:

1. in den als Bundesrecht geltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer im Bereich der Länder (einschließlich der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse),
2. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikel IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren. Die Grundgehaltssätze in den Besoldungsgruppen, die zu der Tarifklasse II des Ortszuschlages gehören, werden um mindestens 60,79 DM erhöht; die Grundgehaltssätze in den Besoldungsgruppen, die zu der Tarifklasse I c des Ortszuschlages gehören, werden um mindestens 59,35 DM erhöht.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 oder Anlage 6 des Vierten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089) die Sätze der entsprechenden Besoldungsordnung der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht; § 2 Abs. 3 letzter Satz gilt entsprechend.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht; § 2 Abs. 3 letzter Satz gilt entsprechend.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,0 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern wird für das Fünfte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf 5,0 vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Weitere Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

§ 1

In § 26 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Für die in Absatz 2 Nr. 1 genannten Bereiche beträgt die Obergrenze für erste Beförderungsämter nach Satz 1 achtzig vom Hundert, für die durch Satz 1 und 2 nicht unmittelbar erfaßten Fälle des Absatzes 2 Nr. 2 sowie die Bereiche des Absatzes 2 Nr. 3 und des Absatzes 3 fünfundsechzig vom Hundert der Gesamtzahl der Planstellen, die in diesen Bereichen für das Eingangsamt und das erste Beförderungsamt verbleiben. In den Bereichen des Absatzes 3 kann die Obergrenze für erste Beförderungsämter überschritten werden, soweit dies zur sachgerechten Bewertung erforderlich ist."

§ 2

Sind die zulässigen Stellenanteile für erste Beförderungsämter nach § 26 Abs. 6 Sätze 3 und 4 des Bundesbesoldungsgesetzes überschritten, so ist auf die in diesen Vorschriften erfaßten Bereiche nach Inkrafttreten dieser Vorschriften Artikel 1 § 3 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 18. Dezember 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 3091) entsprechend anzuwenden.

Artikel III

Änderung des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern wird wie folgt geändert:

1. In Artikel IX § 27 werden die Worte „31. Dezember 1976" durch die Worte „30. Juni 1977" ersetzt,
2. in Artikel X § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „650" und „1 300" durch die Zahlen „683" und „1 365" ersetzt.

Artikel IV

Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes

In Artikel 1 § 2 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für Beamte, Richter und Soldaten, die vor dem 1. Januar 1976 das vierzigste Lebensjahr vollendet haben und deren Ehe vor dem 1. Januar 1976 geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt worden ist, findet § 40 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bisherigen Fassung weiter Anwendung."

Artikel V

Änderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1273), zuletzt geändert durch .... vom .... (Bundesgesetzbl. I S. ...), treten die Sätze der Anlage 6 dieses Gesetzes.

Artikel VI

Schlußvorschriften

§ 1

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten in Kraft

1. Artikel IV mit Wirkung vom 1. Januar 1976,
2. Artikel II am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats.

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs-gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
1	II	730,82	755,06	779,30	803,54	827,78	852,02	876,26
2		774,10	798,34	822,58	846,82	871,06	895,30	919,54
3		829,37	854,97	880,57	906,17	931,77	957,37	982,97
4		860,80	890,41	920,02	949,63	979,24	1 008,85	1 038,46
5		891,05	924,80	958,55	992,30	1 026,05	1 059,80	1 093,55
6		943,44	978,43	1 013,42	1 048,41	1 083,40	1 118,39	1 153,38
7		1 019,39	1 054,38	1 089,37	1 124,36	1 159,35	1 194,34	1 229,33
8		1 067,64	1 110,76	1 153,88	1 197,00	1 240,12	1 283,61	1 328,88
9	I c	1 192,93	1 237,42	1 283,77	1 330,48	1 378,05	1 429,89	1 481,73
10		1 306,44	1 370,83	1 435,22	1 499,61	1 564,00	1 628,39	1 692,78
11		1 522,02	1 588,00	1 653,98	1 719,96	1 785,94	1 851,92	1 917,90
12		1 657,69	1 736,36	1 815,03	1 893,70	1 972,37	2 051,04	2 129,71
13	I b	1 878,41	1 963,34	2 048,27	2 133,20	2 218,13	2 303,06	2 387,99
14		1 933,33	2 043,46	2 153,59	2 263,72	2 373,85	2 483,98	2 594,11
15		2 180,07	2 301,13	2 422,19	2 543,25	2 664,31	2 785,37	2 906,43
16		2 423,23	2 563,23	2 703,23	2 843,23	2 983,23	3 123,23	3 263,23

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs-gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
1	I b	3 874,91
2		4 595,71
3	I a	4 808,15
4		5 127,74
5		5 494,39
6		5 840,62
7		6 177,41
8		6 528,46
9		6 964,34
10		8 317,86
11		9 081,19

Anlage 1

8	9	10	11	12	13	14	15	Dienstalterszulage
900,50	924,74							24,24
943,78	968,02	992,26						24,24
1 008,57	1 034,17	1 059,77						25,60
1 068,07	1 097,68	1 127,29						29,61
1 127,30	1 161,05	1 194,80						33,75
1 188,37	1 223,36	1 258,35	1 294,18					[1]
1 264,32	1 300,48	1 337,21	1 373,94	1 412,03	1 452,80			[1]
1 374,15	1 421,75	1 471,99	1 522,23	1 572,47	1 622,71			[1]
1 533,57	1 585,41	1 637,25	1 689,09	1 740,93	1 792,77			[1]
1 757,17	1 821,56	1 885,95	1 950,34	2 014,73	2 079,12			64,39
1 983,88	2 049,86	2 115,84	2 181,82	2 247,80	2 313,78	2 379,76		65,98
2 208,38	2 287,05	2 365,72	2 444,39	2 523,06	2 601,73	2 680,40		78,67
2 472,92	2 557,85	2 642,78	2 727,71	2 812,64	2 897,57	2 982,50		84,93
2 704,24	2 814,37	2 924,50	3 034,63	3 144,76	3 254,89	3 365,02		110,13
3 027,49	3 148,55	3 269,61	3 390,67	3 511,73	3 632,79	3 753,85	3 874,91	121,06
3 403,23	3 543,23	3 683,23	3 823,23	3 963,23	4 103,23	4 243,23	4 383,23	140,00

[1]) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM
A 6	1	10	34,99
	10	11	35,83
A 7	1	8	34,99
	8	9	36,16
	9	11	36,73
	11	12	38,09
	12	13	40,77
A 8	1	5	43,12
	5	6	43,49
	6	8	45,27
	8	9	47,60
	9	13	50,24
A 9	1	2	44,49
	2	3	46,35
	3	4	46,71
	4	5	47,57
	5	13	51,84

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs-gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 483,98				Stufe 2 2 594,11		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	1 931,85	2 070,64	2 209,43	2 348,22	2 487,01	2 625,80	2 764,59
C 3	I b	2 183,27	2 340,41	2 497,55	2 654,69	2 811,83	2 968,97	3 126,11
C 4	I a	2 827,75	2 985,71	3 143,67	3 301,63	3 459,59	3 617,55	3 775,51

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs-gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe						
		1	2	3	4	5	6	7
		Lebensalter						
		31	33	35	37	39	41	43
R 1	I b	2 433,90	2 606,85	2 779,80	2 952,75	3 125,70	3 298,65	3 471,60
R 2	I b	2 847,76	3 020,71	3 193,66	3 366,61	3 539,56	3 712,51	3 885,46

R 3	I a	4 808,15
R 4	I a	5 127,74
R 5	I a	5 494,39
R 6	I a	5 840,62
R 7	I a	6 177,41
R 8	I a	6 528,46
R 9	I a	6 964,34
R 10	I a	8 703,72

Stufe 3 2 704,24								
8	9	10	11	12	13	14	15	Dienst-alters-zulage
2 903,38	3 042,17	3 180,96	3 319,75	3 458,54	3 597,33	3 736,12	3 874,91	138,79
3 283,25	3 440,39	3 597,53	3 754,67	3 911,81	4 068,95	4 226,09	4 383,23	157,14
3 933,47	4 091,43	4 249,39	4 407,35	4 565,31	4 723,27	4 881,23	5 039,19	157,96

8	9	10	Lebens-alters-zulage
45	47	49	
3 644,55	3 817,50	3 990,45	172,95
4 058,41	4 231,36	4 404,31	172,95

Anlage 2

Ortszuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Tarif-klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungs-gruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kin-der	Stufe 5 3 Kin-der	Stufe 6 4 Kin-der	Stufe 7 5 Kin-der	Stufe 8 6 Kin-der
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	592,40	686,90	767,75	845,02	880,87	948,82	1 016,77	1 101,40
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	499,74	594,24	675,09	752,36	788,21	856,16	924,11	1 008,74
I c	A 9 bis A 12	444,14	538,64	619,49	696,76	732,61	800,56	868,51	953,14
II	A 1 bis A 8	418,37	508,37	589,22	666,49	702,34	770,29	838,24	922,87

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 84,63 DM

Anlage 3 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	670	803	936	1 069	1 202	1 335	1 468	1 601	1 734	1 867	2 000	2 133
A 5 bis A 6	765	905	1 045	1 185	1 325	1 465	1 605	1 745	1 885	2 025	2 165	2 305
A 7 bis A 8	866	1 020	1 174	1 328	1 482	1 636	1 790	1 944	2 098	2 252	2 406	2 560
A 9	1 023	1 189	1 355	1 521	1 687	1 853	2 019	2 185	2 351	2 517	2 683	2 849
A 10	1 160	1 333	1 506	1 679	1 852	2 025	2 198	2 371	2 544	2 717	2 890	3 063
A 11	1 277	1 460	1 643	1 826	2 009	2 192	2 375	2 558	2 741	2 924	3 107	3 290
A 12	1 419	1 612	1 805	1 998	2 191	2 384	2 577	2 770	2 963	3 156	3 349	3 542
A 13	1 559	1 761	1 963	2 165	2 367	2 569	2 771	2 973	3 175	3 377	3 579	3 781
A 14	1 694	1 902	2 110	2 318	2 526	2 734	2 942	3 150	3 358	3 566	3 774	3 982
A 15	1 893	2 117	2 341	2 565	2 789	3 013	3 237	3 461	3 685	3 909	4 133	4 357
A 16 bis B 2	2 041	2 281	2 521	2 761	3 001	3 241	3 481	3 721	3 961	4 201	4 441	4 681
B 3 bis B 4	2 073	2 330	2 587	2 844	3 101	3 358	3 615	3 872	4 129	4 386	4 643	4 900
B 5 bis B 7	2 304	2 588	2 872	3 156	3 440	3 724	4 008	4 292	4 576	4 860	5 144	5 428
B 8 und höher	2 522	2 847	3 172	3 497	3 822	4 147	4 472	4 797	5 122	5 447	5 772	6 097

Anlage 3 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	570	683	796	909	1 022	1 135	1 248	1 361	1 474	1 587	1 700	1 813
A 5 bis A 6	650	769	888	1 007	1 126	1 245	1 364	1 483	1 602	1 721	1 840	1 959
A 7 bis A 8	736	867	998	1 129	1 260	1 391	1 522	1 653	1 784	1 915	2 046	2 177
A 9	870	1 011	1 152	1 293	1 434	1 575	1 716	1 857	1 998	2 139	2 280	2 421
A 10	986	1 133	1 280	1 427	1 574	1 721	1 868	2 015	2 162	2 309	2 456	2 603
A 11	1 085	1 241	1 397	1 553	1 709	1 865	2 021	2 177	2 333	2 489	2 645	2 801
A 12	1 206	1 370	1 534	1 698	1 862	2 026	2 190	2 354	2 518	2 682	2 846	3 010
A 13	1 325	1 497	1 669	1 841	2 013	2 185	2 357	2 529	2 701	2 873	3 045	3 217
A 14	1 440	1 617	1 794	1 971	2 148	2 325	2 502	2 679	2 856	3 033	3 210	3 387
A 15	1 609	1 799	1 989	2 179	2 369	2 559	2 749	2 939	3 129	3 319	3 509	3 699
A 16 bis B 2	1 735	1 939	2 143	2 347	2 551	2 755	2 959	3 163	3 367	3 571	3 775	3 979
B 3 bis B 4	1 762	1 980	2 198	2 416	2 634	2 852	3 070	3 288	3 506	3 724	3 942	4 160
B 5 bis B 7	1 958	2 199	2 440	2 681	2 922	3 163	3 404	3 645	3 886	4 127	4 368	4 609
B 8 und höher	2 144	2 420	2 696	2 972	3 248	3 524	3 800	4 076	4 352	4 628	4 904	5 180

Anlage 3 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	469	562	655	748	841	934	1 027	1 120	1 213	1 306	1 399	1 492
A 5 bis A 6	536	634	732	830	928	1 026	1 124	1 222	1 320	1 418	1 516	1 614
A 7 bis A 8	606	714	822	930	1 038	1 146	1 254	1 362	1 470	1 578	1 686	1 794
A 9	716	832	948	1 064	1 180	1 296	1 412	1 528	1 644	1 760	1 876	1 992
A 10	812	933	1 054	1 175	1 296	1 417	1 538	1 659	1 780	1 901	2 022	2 143
A 11	894	1 022	1 150	1 278	1 406	1 534	1 662	1 790	1 918	2 046	2 174	2 302
A 12	993	1 128	1 263	1 398	1 533	1 668	1 803	1 938	2 073	2 208	2 343	2 478
A 13	1 091	1 232	1 373	1 514	1 655	1 796	1 937	2 078	2 219	2 360	2 501	2 642
A 14	1 186	1 332	1 478	1 624	1 770	1 916	2 062	2 208	2 354	2 500	2 646	2 792
A 15	1 325	1 482	1 639	1 796	1 953	2 110	2 267	2 424	2 581	2 738	2 895	3 052
A 16 bis B 2	1 429	1 597	1 765	1 933	2 101	2 269	2 437	2 605	2 773	2 941	3 109	3 277
B 3 bis B 4	1 451	1 631	1 811	1 991	2 171	2 351	2 531	2 711	2 891	3 071	3 251	3 431
B 5 bis B 7	1 613	1 812	2 011	2 210	2 409	2 608	2 807	3 006	3 205	3 404	3 603	3 802
B 8 und höher	1 765	1 993	2 221	2 449	2 677	2 905	3 133	3 361	3 589	3 817	4 045	4 273

Anlage 3 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	328	393	458	523	588	653	718	783	848	913	978	1 043
A 5 bis A 6	375	444	513	582	651	720	789	858	927	996	1 065	1 134
A 7 bis A 8	424	500	576	652	728	804	880	956	1 032	1 108	1 184	1 260
A 9	501	582	663	744	825	906	987	1 068	1 149	1 230	1 311	1 392
A 10	568	653	738	823	908	993	1 078	1 163	1 248	1 333	1 418	1 503
A 11	626	716	806	896	986	1 076	1 166	1 256	1 346	1 436	1 526	1 616
A 12	695	790	885	980	1 075	1 170	1 265	1 360	1 455	1 550	1 645	1 740
A 13	764	863	962	1 061	1 160	1 259	1 358	1 457	1 556	1 655	1 754	1 853
A 14	830	932	1 034	1 136	1 238	1 340	1 442	1 544	1 646	1 748	1 850	1 952
A 15	928	1 038	1 148	1 258	1 368	1 478	1 588	1 698	1 808	1 918	2 028	2 138
A 16 bis B 2	1 000	1 118	1 236	1 354	1 472	1 590	1 708	1 826	1 944	2 062	2 180	2 298
B 3 bis B 4	1 016	1 142	1 268	1 394	1 520	1 646	1 772	1 898	2 024	2 150	2 276	2 402
B 5 bis B 7	1 129	1 268	1 407	1 546	1 685	1 824	1 963	2 102	2 241	2 380	2 519	2 658
B 8 und höher	1 236	1 396	1 556	1 716	1 876	2 036	2 196	2 356	2 516	2 676	2 836	2 996

Anlage 3 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	399	478	557	636	715	794	873	952	1 031	1 110	1 189	1 268
A 5 bis A 6	456	539	622	705	788	871	954	1 037	1 120	1 203	1 286	1 369
A 7 bis A 8	515	607	699	791	883	975	1 067	1 159	1 251	1 343	1 435	1 527
A 9	609	708	807	906	1 005	1 104	1 203	1 302	1 401	1 500	1 599	1 698
A 10	690	793	896	999	1 102	1 205	1 308	1 411	1 514	1 617	1 720	1 823
A 11	760	869	978	1 087	1 196	1 305	1 414	1 523	1 632	1 741	1 850	1 959
A 12	844	959	1 074	1 189	1 304	1 419	1 534	1 649	1 764	1 879	1 994	2 109
A 13	927	1 047	1 167	1 287	1 407	1 527	1 647	1 767	1 887	2 007	2 127	2 247
A 14	1 008	1 132	1 256	1 380	1 504	1 628	1 752	1 876	2 000	2 124	2 248	2 372
A 15	1 126	1 259	1 392	1 525	1 658	1 791	1 924	2 057	2 190	2 323	2 456	2 589
A 16 bis B 2	1 215	1 358	1 501	1 644	1 187	1 930	2 073	2 216	2 359	2 502	2 645	2 788
B 3 bis B 4	1 233	1 386	1 539	1 692	1 845	1 998	2 151	2 304	2 457	2 610	2 763	2 916
B 5 bis B 7	1 371	1 540	1 709	1 878	2 047	2 216	2 385	2 554	2 723	2 892	3 061	3 230
B 8 und höher	1 500	1 694	1 888	2 082	2 276	2 470	2 664	2 858	3 052	3 246	3 440	3 634

Anlage 3 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	128	146	164	182	200	218	236	254	272	290	308	326

Dieser Betrag erhöht sich für das erste Kind um 50 DM
für das zweite Kind um 70 DM
für das dritte und jedes weitere Kind um 120 DM

Anlage 4

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1	715	642
A 2	726	642
A 3	736	653
A 4	762	663
A 5	867	746
A 6	882	762
A 7	976	846
A 8	1 002	856
A 9	1 133	955
A 10	1 279	1 075
A 11	1 436	1 195
A 12	1 639	1 347
A 13	1 723	1 420
A 14	1 864	1 540
A 15	2 093	1 712
A 16	2 297	1 848
B 3	2 370	1 848
B 6	2 673	2 051
B 9 und höher	3 007	2 250

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Anlage 5

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Verheiratetenzuschlag DM
A 1 bis A 4	628	706	200
A 5 bis A 8	754	859	230
A 9 bis A 11	889	1 012	266
A 12	1 136	1 280	292
A 13	1 177	1 324	297
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 219	1 368	301

Anlage 6

Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	355
A 2	355
A 3	381
A 4	402
A 5	433
A 6	454
A 7	465
A 8	491
A 9	553
A 10	616
A 11	673
A 12	746
A 13	835
A 14	872
A 15	1 018
A 16	1 169
B 3	1 409
B 6	1 660

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt durch das Vierte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089) erhöht worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. Februar 1976 vor. Er erstreckt sich hinsichtlich des Geltungsbereichs auf Bund und Länder.

Die Anpassung umfaßt in erster Linie Grundgehälter, Ortszuschläge, Anwärterbezüge und Zuschüsse zum Grundgehalt der Beamten an Hochschulen. Eine Erhöhung der Zulagen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Maßgebend hierfür ist die noch nicht abgeschlossene Harmonisierung der Zulagen in Bund und Ländern, soweit landesrechtliche Vorschriften einstweilen fortgelten. Eine abschließende Harmonisierung würde durch eine Erhöhung der Zulagen zusätzlich erschwert.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74 a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel I

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze der Beamten, Richter und Soldaten, die in den Besoldungsordnungen A, B und R des Bundesbesoldungsgesetzes geregelt sind, sollen ab 1. Februar 1976 um fünf vom Hundert und in Verbindung mit dem Ortszuschlag der Stufe 2 um mindestens 85 DM erhöht werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes.

Die Einbeziehung der Bundesbesoldungsordnung C (Hochschullehrer) erfolgt vorbehaltlich der Aussetzungsbestimmungen des Artikels I § 6 des Haushaltsstrukturgesetzes und der Anpassung der Hochschullehrerbesoldung gemäß dem Bericht des Berichterstatters des Vermittlungsausschusses vom 18. Dezember 1975 (vgl. Niederschrift über die 429. Sitzung des Bundesrates). Das Amt des Hochschuldozenten ist auf Grund des inzwischen in Kraft getretenen Hochschulrahmengesetzes vom 26. Januar 1976 (BGBl. I S. 185) überholt. Dies wird bei der angesprochenen Anpassung des Besoldungsrechts berücksichtigt.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen ebenfalls ab 1. Februar 1976 um fünf v. H. erhöht werden. Die neuen Sätze des Ortzuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes, für ledige Beamte und Soldaten, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkunft wohnen, vorbehaltlich der Regelung in Artikel IX § 19 des 2. BesVNG aus § 39 Abs. 2 BBesG in der Fassung dieses Gesetzes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 156 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der Sätze des Ortszuschlages werden ferner u. a. die Sätze des Auslandszuschlages und des Auslandskinderzuschlages (Anlage 3 a bis 3 f des Gesetzentwurfes), die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik (Anlage 4 des Gesetzentwurfes) sowie der Anwärtergrundbetrag und der Anwärterverheiratetenzuschlag (Anlage 5 des Gesetzentwurfes) angepaßt.

2. Zu § 2

Soweit landesrechtliche Vorschriften fortgelten, bedarf es einer Erstreckung der Erhöhung der Grundgehaltssätze auf diese Regelungen in Höhe des Vomhundertsatzes, wie er der Anlage 1 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich (Absatz 2).

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt. Im Hinblick auf die vorgesehene Mindesterhöhung von 85 DM wird ferner eine besondere Regelung für die Erhöhung der Grundgehaltssätze getroffen. Dabei ergibt sich in den Zwischenbesoldungsgruppen, die zur Tarifklasse II des Ortszuschlages gehören, für die Grundgehaltssätze ein Erhöhungsbetrag von 60,79 DM, der sich bei den Grundgehaltssätzen bis zu 1 215,80 DM auswirkt. Der entsprechende Erhöhungbetrag in den zur Tarifklasse I c des Ortszuschlages gehörenden Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A beträgt 59,35 DM und wirkt sich bei den Grundgehaltssätzen bis zu 1 187 DM aus.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

Der in § 3 Abs. 5 genannte Hundertsatz müßte ggf. noch im Laufe dieses Gesetzgebungsverfahrens geändert werden, wenn eine im Rahmen des § 4 mögliche Überprüfung des durchschnittlichen Hundertsatzes der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge

im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des 2. BesVNG für das Fünfte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz zu einem anderen Ergebnis führt. Denn der Hundertsatz nach § 3 Abs. 5 des Fünften Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes sollte mit dem genannten durchschnittlichen Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge übereinstimmen.

4. Zu § 4

Die Vorschrift ist notwendig im Hinblick auf das neue System der Anpassung der Versorgungsbezüge.

Zu Artikel II

1. Zu § 1

Durch das Haushaltsstrukturgesetz ist das bisherige System der Stellenobergrenzen für weitere Beförderungsämter (§ 26 Abs. 1 BBesG) des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes durch eine Obergrenze auch für erste Beförderungsämter der Besoldungsgruppen A 6, A 10 und A 14 ergänzt worden. Nach § 26 Abs. 6 BBesG beträgt diese 65 v. H. gegenüber 35 v. H. in den Eingangsämtern der Besoldungsgruppen A 5, A 9 und A 13.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 31. März 1976 die Bundesregierung aufgefordert, für die durch § 26 Abs. 6 BBesG nicht unmittelbar erfaßten Bereiche, insbesondere oberste Bundes- und Landesbehörden, bei der nächsten Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes hinsichtlich der höchstzulässigen Stellenanteile im ersten Beförderungsamt eine ausdrückliche besoldungsgesetzliche Regelung vorzulegen. Auf Grund dieses Ersuchens schlägt die Bundesregierung die Regelung in Artikel II des Gesetzentwurfs vor:

Mit der Festlegung der Stellenobergrenze 80 : 20 für oberste Behörden (§ 26 Abs. 2 Nr. 1 BBesG) wird berücksichtigt, daß in die Bereiche der obersten Behörden in der Regel Beamte übernommen werden, die außerhalb dieser Bereiche bereits Vordienstzeiten im Eingangsamt zurückgelegt haben oder sich in einem Beförderungsamt befinden.

Schon durch das Haushaltsstrukturgesetz ist die Stellenobergrenze von 65 v. H. auch für Lehrkräfte an Gymnasien und berufsbildenden Schulen festgelegt worden (vgl. § 26 Abs. 6 Sätze 1 und 2 BBesG in Verbindung mit Fußnote 9 zu A 15). Die durch diese Regelung noch nicht erfaßten Fälle des § 26 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BBesG (besondere Gruppen von Lehrern usw.) sowie die Bereiche des § 26 Abs. 3 BBesG (Oberbehörden usw.) sollen durch die vorgeschlagene Ergänzung des § 26 Abs. 6 BBesG ebenfalls in die Stellenaufteilung 65 : 35 einbezogen werden. Da zwischen den einzelnen Oberbehörden usw. (§ 26 Abs. 3 BBesG) erhebliche Unterschiede in der Personalstruktur, dem Aufgabenbestand und der Organisation bestehen, kann in diesen Bereichen die Obergrenze von 65 v. H. nach Maßgabe sachgerechter Bewertung überschritten werden. Eine Einbeziehung auch der Fälle des § 26 Abs. 2 Nr. 4 BBesG (Beamte in Sonderlaufbahnen) in die Obergrenzenregelung für das allgemeine erste Beförderungsamt ist nicht möglich, da das Eingangsamt dieser Beamten oberhalb des allgemeinen Eingangsamtes liegt.

2. Zu § 2

Entsprechend der Regelung im Haushaltsstrukturgesetz soll bei Überschreitungen der in § 1 neu festgelegten Stellenobergrenzen für erste Beförderungsämter nur jede freiwerdende zweite Planstelle in eine Planstelle des Eingangsamtes umgewandelt werden.

Zu Artikel III

1. Zu Nummer 1

Die Änderung, zu der ein einstimmiger Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 26. Februar 1976 vorliegt, bewirkt, daß die Sperrfrist für die Länder, nach der Regelungen über die Besoldung von Lehrern in einem Amt mit stufenbezogenem Schwerpunkt bis zum 31. Dezember 1976 nicht getroffen werden dürfen, um ein halbes Jahr hinausgeschoben wird. Diese Zeitspanne soll der Bundesregierung dazu dienen, dem Deutschen Bundestag eine mit den Ländern abgestimmte Konzeption über die Stufenlehrerbesoldung so rechtzeitig vorzulegen, daß sie von den gesetzgebenden Körperschaften vor Ablauf der hinausgeschobenen Sperrfrist verabschiedet werden kann.

2. Zu Nummer 2

Die Vorschrift enthält eine Folgeregelung zu Artikel I § 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfes.

Zu Artikel IV

Die auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 10. März 1976 aufgenommene Vorschrift stellt die Beamten, Richter und Soldaten, die vor dem 1. Januar 1976 das vierzigste Lebensjahr vollendet haben und deren Ehe vor dem 1. Januar 1976 geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt worden ist, mit den ledigen Beamten, Richtern und Soldaten über vierzig Jahre gleich. Sie dient einer Rechtsstandswahrung im Ortszuschlag der Stufe 2. Der Innenausschuß hat bekundet, daß er bei der Beratung des Haushaltsstrukturgesetzes nicht die Absicht gehabt habe, die Geschiedenen über vierzig Jahre hinsichtlich der Gewährung des Ortszuschlages schlechter zu stellen als die Ledigen über vierzig Jahre. Es handele sich also nicht um eine Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes, sondern um eine Berichtigung. Durch die Vorschrift wird dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung getragen.

Zu Artikel V

Die Vorschrift enthält die Anpassung der nichtruhegehaltfähigen Zulage für Beamte in der Ständigen

Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik, die vorübergehend und mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde ihren Wohnsitz nicht im Anwendungsbereich der Ständigen Vertretung haben (Artikel IV des Regelungsgesetzes vom 13. Juni 1974), entsprechend den Regelungen in Artikel I §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfs.

Zu Artikel VI

1. Zu § 1

Berlin-Klausel

2. Zu § 2

Inkrafttreten

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt

1.1	Obergruppe 42	
	Artikel I Jahresbetrag	506,7 Millionen DM
	(Haushaltsjahr 1976	467,7 Millionen DM)
	Artikel IV (1976)	0,8 Millionen DM *)
1.2	Obergruppe 43	
	Artikel I Jahresbetrag	375,7 Millionen DM
	(Haushaltsjahr 1976	346,8 Millionen DM)
	Artikel IV (1976)	unwesentlich

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1976 ff. anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

		Besoldung	Versorgung
		Millionen DM	
2.1	Deutsche Bundesbahn		
	Artikel I Jahresbetrag	285,4	194,6
	(Haushaltsjahr 1976)	(263,4)	(179,6)
	Artikel IV (1976)	0,5	unwesentlich
2.2	Deutsche Bundespost		
	Artikel I Jahresbetrag	359,9	119,8
	(Haushaltsjahr 1976)	(332,2)	(110,6)
	Artikel IV (1976)	0,6	unwesentlich
2.3	Länder und Stadtstaaten		
	Artikel I Jahresbetrag	1 523,3	481,2
	(Haushaltsjahr 1976)	(1 406,1)	(444,2)
	Artikel IV (1976)	1,8	unwesentlich
2.4	Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
	Artikel I Jahresbetrag	229,8	117,8
	(Haushaltsjahr 1976)	(212,1)	(108,7)
	Artikel IV (1976)	1,1	unwesentlich
2.5	Sonstige (Sozialversicherungsträger usw.)		
	Artikel I Jahresbetrag	30,0	17,0
	(Haushaltsjahr 1976)	(28,0)	(16,0)
	Artikel IV (1976)	unwesentlich	unwesentlich

Die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzentwurfes auf die Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau dürften nicht von Bedeutung sein.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

*) 1977: 2,0 Millionen DM, 1978: 2,6 Millionen DM, 1979: 2,4 Millionen DM; Reduzierung in den Folgejahren.

Anlage B

Stellungnahme des Bundesrates

1. Artikel I § 3 Abs. 3 ist wie folgt zu fassen:

   „(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrundeliegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie der ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Vierten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 6. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2089) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. § 2 Abs. 3 letzter Satz gilt entsprechend. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes."

   Begründung

   Versorgungsempfänger des Landes Hessen aus dem Kreis der Richter und Staatsanwälte, die vor dem Inkrafttreten des 2. BesVNG in den Ruhestand getreten sind, erhalten auch nach dem 30. Juni 1975 Versorgungsbezüge nach den Bestimmungen des Amtsbezügegesetzes vom 4. März 1970. Die nach diesem Gesetz zustehenden ruhegehaltfähigen Zulagen, die ihrem Wesen nach Bestandteile des Grundgehalts sind, sowie die Ortszuschläge sind in der Vergangenheit bei linearen Besoldungsverbesserungen stets entsprechend dem allgemeinen Erhöhungssatz angehoben worden (vgl. Artikel I § 3 und Artikel I § 5 Abs. 2 des 4. BBesErhG und die entsprechenden Bestimmungen in den vorhergehenden Besoldungserhöhungsgesetzen). Es ist kein sachlicher Grund ersichtlich, die genannten Versorgungsbestandteile des Amtsbezügegesetzes im Rahmen des 5. BBesErhG von der linearen Verbesserung auszuschließen.

2. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob nicht die erst durch das Haushaltsstrukturgesetz erreichte Vereinheitlichung des Ehegattenanteils im Ortszuschlag beibehalten werden kann.

Anlage C

Gegenäußerung der Bundesregierung

Zu 1. (Artikel I § 3 Abs. 3)

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt.

Zu 2. (Artikel I § 1 Nr. 6)

Die Bundesregierung sieht keine Möglichkeit, den Ledigen in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 den vorgesehenen zusätzlichen Betrag von 4,50 DM im Ortszuschlag zu versagen. Für eine künftige Erörterung, ob und wie die unterschiedlichen Abstände zwischen Ledigen- und Verheiratetenanteilen im Ortszuschlag auf längere Sicht bereinigt werden können, ist die Bundesregierung offen.